

## **Beschluss-(Resolutions-)antrag**

der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Mag. Laura SACHSLEHNER (ÖVP), Mag. Manfred JURACZKA (ÖVP), Ing.in Astrid Rompolt, MA (SPÖ), Peter Florianschütz, MA, MLS (SPÖ), Thomas Weber (NEOS), Mag.a Dolores Bakos, BA (NEOS), Ing. Udo Guggenbichler, MSc (FPÖ), Maximilian Krauss, MA (FPÖ), Dr.in Jennifer Kickert (GRÜNE) und Nikolaus Kunrath (GRÜNE) eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 22.05.2024 im Rahmen der Debatte der Dringlichen Anfrage

### **betreffend Wiener Antisemitismusstrategie**

Vor dem Hintergrund steigender antisemitischer Tendenzen in Europa wurde unter dem österreichischen EU-Ratsvorsitz im zweiten Halbjahr 2018 eine Ratserklärung verabschiedet, in der sich die Mitgliedsstaaten der EU zur gemeinsamen Bekämpfung von Antisemitismus bekennen. Darin werden alle EU-Mitgliedsstaaten aufgefordert, eine ganzheitliche Strategie zur Verhütung und Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus als Teil ihrer Strategien zur Verhütung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Radikalisierung und gewaltbareitem Extremismus zu entwickeln und umzusetzen.

Österreich gehört zu den ersten Mitgliedsstaaten, die nun eine fertig ausgearbeitete Strategie präsentieren können. Die Strategie verfolgt das übergeordnete Ziel, den Fortbestand von jüdischem Leben in Österreich langfristig abzusichern, Antisemitismus in allen seinen Formen einzudämmen und Bewusstsein für das Erkennen alltäglichen Antisemitismus zu schaffen. Demgemäß wurden insgesamt 38 Maßnahmen in den folgenden sechs Bereichen ausgearbeitet: Bildung und Forschung, Sicherheit und Schutz jüdischer Gemeinschaften und Einrichtungen, effektive Strafverfolgung, Integration, Dokumentation und europaweiter Datenvergleich und Einbeziehung der Zivilgesellschaft. Für die operative Koordinierung und Evaluierung der Maßnahmen zur Umsetzung der Nationalen Strategie wurde im Bundeskanzleramt mit Jänner 2021 eine eigene Stabsstelle eingerichtet.

Antisemitische Hasstiraden und Übergriffe nehmen auch in Wien auf beunruhigende Weise zu. Umso bedeutsamer sind vor diesem Hintergrund die von der Bundesregierung gesetzten Maßnahmen. Aber auch die bereits seitens der Stadt Wien ins Leben gerufenen Initiativen wie die Errichtung des Campus der Religionen in der Donaustadt oder die breite Unterstützung und Förderung jüdischer Vereine, Projekte und Institutionen wie das Jüdische Museum Wien sind absolut begrüßenswerte Mittel im Kampf gegen den Antisemitismus. Es gilt, diese weiter zu intensivieren und auszubauen.

Im Jänner 2021 wurde der Allparteiantrag, in dem ausdrücklich die Nationale Strategie gegen Antisemitismus der Bundesregierung begrüßt und ähnliche Maßnahmen gefordert wurden, im Gemeinderat einstimmig angenommen.

Obwohl die Antisemitismuserbeitsgruppe bereits mit der Erstellung der Wiener Antisemitismusstrategie beauftragt worden ist, wurde diese nach wie vor nicht umgesetzt.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

### **Beschlussantrag:**

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für die Erstellung einer Wiener Antisemitismusstrategie aus, ähnlich der Nationalen Strategie gegen Antisemitismus der Bundesregierung.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 22.05.2024